

## **Bericht aus der letzten Gemeinderatssitzung vom 24. Juli 2013:**

### **TOP 01. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**

Bürgermeister Scheffold gibt bekannt, dass der Gemeinderat am 26. Juni 2013 in nichtöffentlicher Sitzung über verschiedene Jagdangelegenheiten beraten hat. Für die Stadt Hornberg wird derzeit ein neues Jagdkataster erstellt, da die Hornberger gemeinschaftlichen Jagdbezirke neu gebildet werden müssen. Außerdem wurde beschlossen, verschiedene vorübergehende Jagderlaubnisscheine für bestimmte Bereiche zu erteilen. Schließlich wurde einer Neuverpachtung eines gemeinschaftlichen Jagdbezirks zugestimmt. Außerdem hat der Gemeinderat beschlossen, dem Antrag einer Beschäftigten in der Verwaltung auf Verlängerung der Beurlaubung zu entsprechen.

### **TOP 02. Beteiligung am geplanten Kinzigtalbad in Hausach:**

- a) **Bekanntgabe des Ergebnisses des Bürgerentscheids vom 21. Juli 2013**
- b) **Gegebenenfalls weitere Beschlussfassung durch den Gemeinderat**

Am 21. Juli 2013 wurde der Bürgerentscheid über eine Beteiligung der Stadt Hornberg am geplanten Kinzigtalbad in Hausach durchgeführt. Von insgesamt 3.251 Wahlberechtigten haben 1.933 Bürgerinnen und Bürger ihr Stimmrecht wahrgenommen, dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 59,46 %. Lediglich zwei Stimmen waren ungültig. Hiervon haben 1.628 Bürgerinnen und Bürger gegen die Beteiligung gestimmt, dies entspricht 84,3 % der abgegeben gültigen Stimmen. 303 Bürgerinnen und Bürger haben für die Beteiligung gestimmt, dies entspricht 15,7 % der abgegeben gültigen Stimmen.

Da damit auch deutlich mehr als 25 % der Stimmberechtigten mit Nein gestimmt haben, ist ein gültiger Bürgerentscheid zustande gekommen. Es wurde eindeutig entschieden, dass die Stadt Hornberg sich nicht am geplanten Kinzigtalbad in Hausach beteiligt. Dieser Bürgerentscheid ist bindend für Gemeinderat und Verwaltung, er hat die Wirkung eines endgültigen Beschlusses des Gemeinderates.

Bürgermeister Scheffold bedankt sich bei allen Wählern und auch bei den Wahlhelfern. Die Stadt Hausach wird ein entsprechendes Schreiben der Stadt Hornberg erhalten.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt vom Ergebnis des Bürgerentscheids Kenntnis. Die Stadt Hornberg beteiligt sich nicht an den Investitionskosten und Betriebskosten für das geplante Kinzigtalbad in Hausach.

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, die Entscheidung der Stadt Hausach mitzuteilen.

Nun nimmt Bürgermeister Scheffold noch zu zwei Freibadthemen Stellung:

- Alte Freibadrutsche: Die Verwaltung hat die Sicherheitsprobleme mit dem städtischen Haftpflichtversicherer abgeklärt. Die nicht gravierenden Mängel beim Aufstieg zu der Rutsche sieht Bürgermeister Scheffold als tolerabel an. Das Podestgeländer verfügt derzeit nur über einen Handlauf und eine Knieleiste, hier kann durch eine Plexiglasverkleidung eine Nachrüstung erfolgen.

Problematischer ist die zu niedrige seitliche Aufkantung der Rutschfläche. Die Herstellung des Mindestmaßes wäre nur sehr aufwendig durchführbar. Darüber hinaus wird die Blechstärke der Rutschfläche demnächst von einem Gutachter gemessen und beurteilt. Schließlich ist auch die Eintauchtiefe von 0,80 m zu niedrig, weil die Wassertiefe mindestens 1,0 m betragen müsste.

Bürgermeister Scheffold will abwarten, was die Messung der Blechstärke der Rutschfläche ergibt. Falls diese ausreichend sein sollte, will er versuchen, mit dem städtischen Haftpflichtversicherer eine Übereinkunft zu treffen, die alte Rutsche weiter zu betreiben, sofern von dortiger Seite der Aufstieg akzeptiert wird und das Podestgeländer durch eine Plexiglasverkleidung aufgerüstet wird.

Auf Vorschlag von Stadtrat Wöhrle soll mit dem Versicherer auch geklärt werden, ob für die alte Rutsche noch die alten Vorschriften angewendet werden können, vielleicht bringt dies eine zusätzliche Erleichterung.

- Solarbabsorber: Die notwendigen Mittel sind im Finanzplan 2014 eingeplant. Im August findet ein Ortstermin mit einer Fachfirma statt. Der Gemeinderat wird noch über den Termin informiert, bei Interesse wird eine Teilnahme freigestellt.

Anschließend wird die Fachfirma eine Kostenberechnung erstellen, sowie eine Ertragsprognose. Der Gemeinderat wird hierüber wieder informiert.

Dann kann über eine Umsetzung beraten werden.

### **TOP 03. Friedhof Hornberg: Grundsatzbeschluss über die Errichtung eines gärtnergepflegten Gemeinschaftsgrabfeldes**

Sachgebietsleiterin Andrea Wimmer hält den Sachvortrag. Bedingt dadurch, dass die nächsten Angehörigen oft nicht mehr in unmittelbarer Nähe wohnen, werden hier immer mehr Grabstätten nachgefragt, die für die Hinterbliebenen keinen großen Pflegeaufwand darstellen. Zusätzlich zu den traditionellen Bestattungsformen und Urnenbestattungen gibt es deshalb auch die Nachfrage nach einem gärtnergepflegten Gemeinschaftsgrabfeld. Dabei wird eine bestimmte Fläche auf dem Friedhofsgelände faktisch ausgegliedert und einer Gärtnergenossenschaft überlassen. Die Genossenschaft legt dann das Grabfeld vollständig mit Wegen und Grabstätten an. Zwischen der Stadt Hornberg und der Gärtnergenossenschaft würde eine Vereinbarung abgeschlossen. Die Genossenschaft ihrerseits schließt dann mit den Hinterbliebenen jeweils einen Dauergrabpflegevertrag ab. Der im Vertrag vereinbarte Betrag wird dann im voraus für die vereinbarten Leistungen für die gesamte Pflegedauer bezahlt; es ist davon auszugehen, dass je nach Grabart für die Hinterbliebenen hierfür Kosten

in Höhe von 1.200 bis 5.000 € für eine Laufzeit von 20 Jahren anfallen. Außerdem sind die Friedhofsgebühren an die Stadt Hornberg gemäß Satzung zu entrichten.

Die Friedhofscommission spricht sich für die Einrichtung eines solchen gärtnergepflegten Gemeinschaftsgrabfeldes im oberen Teil des Friedhofs aus. Eine weitere Fläche soll vorläufig nicht weiter belegt werden, um dort bei Bedarf ein zweites gärtnergepflegtes Grabfeld anlegen zu können.

Der Verwaltung liegen bereits mehrere Anfragen für eine solche Bestattungsart vor. Frau Wimmer erläutert anhand von verschiedenen Fotos von anderen Friedhöfen verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten.

Nach Ablauf des Vertrages mit der Genossenschaft ist diese verpflichtet, das Grabfeld auf eigene Kosten zurückzubauen, sofern der Vertrag nicht verlängert werden kann.

Die Verwaltung schlägt vor, heute den entsprechenden Grundsatzbeschluss zu fassen, dann ist eine detaillierte Planung aufzustellen.

Zum geplanten Grabfeld soll vom Zugang neben der Friedhofskapelle ein neuer, serpentinartiger Weg angelegt werden, um den Zugang behindertenfreundlicher zu gestalten.

Stadträtin Laumann begrüßt die Planung, sie spricht von einem notwendigen zusätzlichen Angebot. Sie spricht sich auch für eine Verbesserung des Erscheinungsbildes des anonymen Grabfeldes aus. Bürgermeister Scheffold äußert diesbezüglich die Erwartung, dass anonyme Bestattungen zurückgehen werden, wenn das Gemeinschaftsgrabfeld eingerichtet ist.

Der Mittelweg auf dem Friedhof soll verbessert und asphaltiert werden. Eine Entwässerung wird angelegt. Mit der Planerin soll geprüft werden, was sonst noch getan werden kann in sonstigen Bereichen, die in absehbarer Zeit frei werden, z.B. die Pflanzung von Bäumen.

Stadtrat Fuhrer bemängelt, dass beispielsweise die Reihengrabanlage unterhalb des geplanten Gemeinschaftsgrabfeldes zu geringe Abstände zwischen den Gräbern hat, hier sollten die Abstände vergrößert werden.

Außerdem regt Stadtrat Fuhrer an zu prüfen, ob mittelfristig auch ein so genanntes Friedwaldkonzept auf dem Friedhof umgesetzt werden kann, sobald ein ganzes Grabfeld frei wird. Bürgermeister Scheffold will dies prüfen lassen.

Die Abstände zwischen den Gräbern werden sukzessive vergrößert. Bei den Urnengrabstätten ist dies bereits umgesetzt worden.

Stadtrat Hess könnte sich bezüglich des anonymen Grabfeldes vorstellen, diese anonymen Grabstätten innerhalb eines großen Rosenbeetes anzulegen; er hat dies auf einem anderen Friedhof gesehen.

Stadtrat Wöhrle schlägt vor, die vorhandenen Gräber um das geplante Gemeinschaftsgrabfeld in diese Fläche mit einzubinden, auch wegen der Wegeplanung. Er begrüßt die Planung, gibt aber zu bedenken, dass wegen der Liegezeit der zuletzt

bestatteten Verstorbenen im Gemeinschaftsgrabfeld die gesamte Vertragsdauer mit der Genossenschaft sich auf bis zu 40 Jahre verlängern kann.

Bürgermeister Scheffold will diese Anregung an die Planerin weiter geben. Die endgültige Planung ist zu gegebener Zeit noch durch den Gemeinderat zu beschließen. Erst dann wird der Vertrag mit der Genossenschaft abgeschlossen. Der Vorschlag wird an die Genossenschaft weitergegeben.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, auf dem Friedhof Hornberg ein gärtnergepflegtes Gemeinschaftsgrabfeld zu errichten.

Die Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner eG wird beauftragt, Planungen über die Errichtung eines gärtnergepflegten Gemeinschaftsgrabfeldes auf der vorgestellten Fläche A zuzüglich der umliegenden vorhandenen Grabstätten des Friedhofes Hornberg zu erstellen.

Die Planung ist wieder dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen. Die Verwaltung wird bevollmächtigt, nach Genehmigung der Planung durch den Gemeinderat den Vertrag mit der Genossenschaft gemäß vorliegendem Entwurf abzuschließen.

Die vorgestellte Fläche B ist für die eventuelle spätere Anlegung eines zweiten gärtnergepflegten Gemeinschaftsgrabfeldes freizuhalten.

### **TOP 04. Städtische Musikschule Hornberg: Anpassung der Gebührenordnung**

Rechnungsamtsleiterin Mayer hält den Sachvortrag. Laut den Richtlinien gehört zum Lehrplan einer Musikschule auch das Singen. Nach der Mitgliedszusage des Verbandes Deutscher Musikschulen VDM wurde der Stadt Hornberg die Einrichtung der Chorklasse empfohlen. Zusammen mit der Wilhelm-Hausenstein-Schule wurde ein Modell erarbeitet, um das Singen in der Grundschule anbieten zu können. Künftig soll in der 3. und 4. Klasse das Singen im Chor getrennt nach Mädchen und Jungen ab dem kommenden Schuljahr parallel zu den Bläserklassen angeboten werden. Die Unterrichtszeit pro Chorklasse soll 45 Minuten betragen. Die Mindestteilnehmerzahl pro Klasse ist auf 10 Schüler festgelegt. Der Elternbeitrag soll wie bei den Bläserklassen bei 8 Euro liegen.

Der entsprechende Entwurf der Änderung der Gebührenordnung für die städtische Musikschule Hornberg liegt dem Gemeinderat vor. Die zugrundeliegende Gebührenkalkulation für die Chorklasse liegt dem Gemeinderat als Tischvorlage vor.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Änderung der Gebührenordnung für die städtische Musikschule Hornberg vom 20. Juli 2011 nach der vorliegenden Entwurfsfassung. Die vorliegende Gebührenkalkulation wird festgestellt. Diese Änderung der Gebührenordnung tritt zum 01. September 2013 in Kraft.

### **TOP 05. Kindergärten: a) Bekanntgabe der Jahresrechnungen 2012 für den evangeli-**

**schen und den katholischen Kindergarten**  
**b) Erneuerung des Zauns um den evangelischen Kindergarten**  
**und Kostenbeteiligung**

**a) Bekanntgabe der Jahresrechnungen 2012 für den evangelischen und den katholischen Kindergarten:**

Die vorliegenden Jahresrechnungen 2012 wurden bereits in der gemeinsamen Kindergartenkuratoriumssitzung beschlossen. Die Abrechnungen bewegen sich im Rahmen der jeweiligen Haushaltsansätze für die beiden Kindergärten. Der Gesamtzuschuss der Stadt Hornberg beläuft sich auf rd. 638.000 €, abzüglich der Landeszuschüsse von rd. 229.000 € verbleibt ein Nettoaufwand für die Stadt Hornberg für das Jahr 2012 in Höhe von rd. 409.000 €. Damit stellt die Kinderbetreuung den größten Ausgabeposten im städtischen Haushalt dar, auch wegen des Ausbaus der Kleinkindbetreuung.

Zu den Haushaltsberatungen 2014 wird die Verwaltung dem Gemeinderat die Entwicklung der Kosten im Kinderbetreuungsbereich aufzeigen, insbesondere die Entwicklung der Kosten pro Kind. Die Elternbeiträge decken maximal 20 % der Kosten ab.

Stadträtin Laumann würde sich wünschen, dass die Stadt Hornberg als Hauptzahler noch mehr Mitspracherechte bei den beiden Kindergärten hätte. Bürgermeister Scheffold antwortet, dass die beiden Kindergartenverträge viele Regelungen enthalten, die der Stadt Hornberg Mitspracherechte einräumen. Der eigentliche Kindergartenbetrieb, sprich die inhaltlich-konzeptionelle Arbeit und die Personalentscheidungen, sind aber Sache der Kirchen. Eine entsprechende Vertragsänderung müsste mit den Kirchen verhandelt werden, dann würde auf den Gemeinderat aber viel zusätzliche Arbeit zukommen. Bislang können die Angelegenheiten im gemeinsamen Kindergartenkuratorium gut geregelt werden. Bürgermeister Scheffold betont die gute Zusammenarbeit mit den beiden Kirchengemeinden.

Ein noch weitergehender Schritt wäre, dass die Stadt Hornberg die beiden Kindergärten in eigene Regie übernimmt. Dann müssten aber neben der Übernahme des Personals auch Regelungen zu den Gebäulichkeiten gefunden werden, z.B. über eine Erbpacht. Dies wäre wiederum mit einem großen Verwaltungsaufwand verbunden, auch mit einer enormen Personalverwaltung.

Stadtrat Fuhrer schlägt vor, einen entsprechenden Interessensausgleich zu prüfen. Der Anteil der Elternbeiträge an den Einnahmen für die beiden Kindergärten ist relativ niedrig. Auf die Frage, ob Verwaltungskosten der Stadt Hornberg eventuell gegengerechnet werden können, antwortet Bürgermeister Scheffold, dass hierfür eine Rechnungstellung an die Kirchengemeinden erforderlich wäre. Dies sei aber nicht üblich und vertraglich nicht vereinbart.

Auch Stadtrat Wöhrle ist der Meinung, angesichts dieses großen Ausgabepostens genau zu untersuchen, ob die Stadt Hornberg eventuell weitere Mitbestimmungsrechte erhalten kann. Bürgermeister Scheffold antwortet, dass hierfür eine Grundsatzentscheidung des Gemeinderates notwendig wäre, ob bei Kindergartenbetrieb und Personal mit bestimmt werden soll. Die jetzige Handhabung in Hornberg ist gemeindeübergreifend so üblich. Er schlägt aber vor, die beiden Verrech-

nungsstellen zu fragen, wieviele Gemeinden mittlerweile neue Kindergartenverträge mit den Kirchengemeinden oder sonstigen Trägern abgeschlossen haben.

Stadtrat Hess findet die Erhöhung der Elternbeiträge relativ hoch. Er beklagt, dass in den Nachbargemeinden teilweise unterschiedliche Elternbeiträge erhoben werden.

Bürgermeister Scheffold antwortet, dass im Bereich der Kindergartenbetreuung seines Wissens mittlerweile alle Gemeinden die Landesrichtsätze anwenden. Sofern ein Vertragspartner niedrigere Elternbeiträge wünscht, hat er vertragsgemäß das Defizit zu tragen. Insgesamt konnte mittlerweile ein einheitliches Level erreicht werden.

Bei der Kleinkindbetreuung U3 ist dies derzeit noch nicht der Fall. Hier ist aber beim Vergleich der Elternbeiträge in den einzelnen Gemeinden darauf zu achten, dass sehr unterschiedliche Angebotsformen vorliegen: Kinderkrippe, altersgemischte Gruppe oder Tageseltern, mit oder ohne Essensangebot, unterschiedliche Betreuungszeiten, teilweise unterschiedliche Elternbeiträge für Ein- bis Zweijährige einerseits und Zwei- bis Dreijährige andererseits, und 11 oder 12 Beitragsmonate.

Die Elternbeiträge in Hornberg liegen bei der Kleinkindbetreuung noch weit unter den Landesrichtsätzen. Hier wird weiterhin versucht, eine Abstimmung mit den Nachbargemeinden zu erreichen.

Stadtrat Laages bricht eine Lanze für die Arbeit im gemeinsamen Kindergartenkuratorium. Hier werde sehr engagiert und im Interesse der Kinder gearbeitet, die Verhandlungen verliefen stets sehr fair.

Die Erhöhung der Elternbeiträge muss einerseits angemessen, andererseits aber auch zumutbar sein. Zu beachten ist, dass beispielsweise alleinerziehende Mütter oder Väter je nach Einkommen Zuschüsse zu den Kinderbetreuungskosten erhalten können.

Bürgermeister Scheffold ist der Meinung, dass für die kommenden beiden Kindergartenjahre eine ausgewogene Lösung bezüglich der Elternbeiträge gefunden werden konnte. Bei Geringverdienern bezahlt der Ortenaukreis beispielsweise die Kosten für eine Tagesmutter voll.

Stadtrat Hess begründet seine Ausführungen zu den unterschiedlichen Elternbeiträgen damit, dass er einen Kindertourismus zwischen den Gemeinden vermeiden will. Bürgermeister Scheffold versichert, dass er diesbezüglich im Gespräch mit seinen Bürgermeisterkollegen steht.

Nochmals betont er die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den beiden Kirchengemeinden.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt von den Jahresrechnungen 2012 des evangelischen Kindergartens und des katholischen Kindergartens Hornberg zustimmend Kenntnis.

## **b) Erneuerung des Zauns um den evangelischen Kindergarten und Kostenbeteiligung**

Die Holzzäune um den evangelischen Kindergarten entsprechen nicht den Vorschriften. Der Zaun ist deshalb zu erneuern. Die Stadt Hornberg beteiligt sich gemäß Kindergartenvertrag an solchen Investitionsmaßnahmen mit einem Zuschuss in Höhe von 75 %. Da aber im Haushaltsplan 2013 hierfür keine Mittel vorgesehen sind, die Maßnahmen aber andererseits keinen Aufschub dulden, hat sich die evangelische Kirchengemeinde bereiterklärt, die Maßnahme zunächst vorzufinanzieren unter der Voraussetzung, dass die Stadt Hornberg im kommenden Haushaltsjahr 2014 den Zuschuss leistet. Es wird von Kosten in Höhe von rd. 10.000 € brutto ausgegangen, der städtische Anteil würde sich somit auf rd. 7.500 € belaufen.

Bürgermeister Scheffold spricht sich für diese Lösung aus. Eine Erhöhung des bestehenden Zaunes wäre relativ aufwendig, außerdem sollte der Zugang zum Kindergarten verbessert werden. Die vorgeschlagene Erneuerung wäre dauerhaft und verkehrssicher.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Erneuerung des Zauns um den evangelischen Kindergarten und der vertragsgemäßen Kostenbeteiligung im Haushaltsjahr 2014 grundsätzlich zu. Für die Maßnahme sind mindestens drei Angebote von ortsansässigen Fachfirmen einzuholen, die Zustimmung der Stadt Hornberg zur Auftragsvergabe ist vorab einzuholen. Bürgermeister Scheffold wird bevollmächtigt, die Zustimmung nach Prüfung der Angebote zu erteilen. Die Verwaltung wird beauftragt, den städtischen Kostenanteil in den Haushaltsplan 2014 einzustellen.

## **TOP 06. Schloßbergkonzeption: Vorstellung der Planung**

Bürgermeister Scheffold begrüßt Herrn Pfaff, den beauftragten Planer des Planungsbüros faktorgrün. Auf der Grundlage der vom Planungsbüro faktorgrün erstellten Schloßbergkonzeption sollen neben dem in Ausführung befindlichen Hornberger-Schießen-Weg weitere Teilbereiche umgesetzt werden, und zwar der Eingangspavillon, die Greifvogelwarte, Verbesserungen an Schloßturm und Pulverturm sowie die Anlegung einer Spielanlage. Die Maßnahme ist im LEADER-Programm als zuschussfähiges Projekt vorgemerkt. Um den Zuschussantrag stellen zu können, ist das Vorliegen einer bau- und denkmalschutzrechtlichen Genehmigung für die genannten Teilbereiche erforderlich.

Für den Eingangspavillon und die Greifvogelwarte schlägt Bürgermeister Scheffold vor, zunächst ein weiteres intensives Planungsgespräch mit den Gemeinderatsvertretern im Ausschuss für Tourismus und Freizeit und weiteren interessierten Stadträten zu führen.

Für Schloßturm, Pulverturm und Spielanlage sollten jetzt die Bauanträge auf den Weg gebracht werden.

Herr Pfaff führt zur Spielanlage aus, dass wegen des Denkmalschutzes voraussichtlich Bohrfundamente in den Boden eingebracht werden müssen.

Der Schloßturms soll von oben her belichtet werden, die Durchgangshöhe soll vergrößert werden durch Absenkung des Bodens.

Am Pulverturm sollen Optimierungen vorgenommen werden, ein Ausstellungsraum ist geplant. Künftig wären dort zum Beispiel auch Trauungen denkbar.

Zur Greifvogelwarte führt Herr Pfaff aus, dass die Planungen schon recht weit fortgeschritten sind.

Nun stellt Herr Pfaff die aktuellen Planungen für den Eingangspavillon im Bereich des früheren Schlosses vor. Neben dem Eingangspavillon ist auch später die Bergstation für einen möglichen Schrägaufzug von der Innenstadt her möglich.

Der Eingangspavillon hat einen direkten Zugang zur Greifvogelwarte und zum Vorführbereich. Das Gebäude ist vollständig geschlossen geplant, und damit witterungsunabhängig. Anhang von zwei Fotomontagen wird die Blickwirkung von der Innenstadt her dargestellt.

Die Anforderungen der Denkmalschutzbehörde sind zu beachten. Diese will den vorhandenen historischen Bauwerken ganz bewusst ein modernes Gebäude und moderne Elemente entgegensetzen.

Auf Vorschlag von Stadtrat Fuhrer sollen die vorgestellten Fotomontagen durch dreidimensionale Darstellungen noch weiter verfeinert werden, um sich das Projekt besser vorstellen zu können. Bürgermeister Scheffold antwortet, dass gegebenenfalls zusätzlich ein Modell erstellt werden kann.

Stadtrat Hess würde sich wünschen, dass ein oder zwei weitere Entwürfe vorgestellt werden, z.B. mit einem Schrägdach. Bürgermeister Scheffold will dem Ausschuss alle bisherigen Vorentwürfe nochmals zeigen. Voraussetzung ist aber, dass die Denkmalbehörde keine Einwendungen erhebt. Der Einladung zur nächsten Ausschusssitzung werden die Entwürfe beigelegt.

Stadtrat Wöhrle nimmt Stellung. Für ihn wirkt der Entwurf wie ein modernes Wohnhaus, was er nicht passend findet. Auch sollte die Fassade nicht weiß sein. Er hat die Befürchtung, dass das vorgeschlagene Untergeschoss in Beton und das Obergeschoss in Holzbauweise sich auf Dauer optisch angleichen werden, was dann zu einer zu massiven Wirkung des Gebäudes führen könnte. Er schlägt deshalb vor, das Obergeschoss vor allem in der Breite zu vergrößern und optisch, z.B. durch ein Glasband, vom Untergeschoss zu trennen.

Der Kiosk im Eingangsbereich sollte seiner Meinung nach nicht hinter einer Wand versteckt werden, Glaswände würden hier eine offenere Wirkung erzeugen. Das Gebäude würde so leichter wirken.

Auch eine Alternative zur Holzbauweise bittet er zu prüfen, es sollte in mehrere Richtungen gedacht werden.

Der Grundriss wird von Herrn Wöhrle als hervorragend bezeichnet, aber die Materialien sollten überdacht werden. Dabei ist ihm bewusst, dass der Baustil neuzeitlich sein muss.



Herr Pfaff informiert, dass die Farben noch nicht abgestimmt worden sind, oder die Materialien. Nur die heutige Formensprache muss im Bauwerk abgebildet werden.

Stadtrat Baumann könnte sich vorstellen, wie von einem Hornberger Bürger vorgeschlagen, einen „Sky-Walk“ anzulegen, also eine nach unten durchsichtige Aussichtsplattform. Hierauf antwortet Herr Pfaff, dass der vordere Bereich der vorgestellten Aussichtsplattform dem nahezu entspricht.

Stadtrat Tischer spricht von einer guten Gesprächsgrundlage, Details müssen noch verfeinert werden. Auch er kann sich mit Glaselementen wie von Stadtrat Wöhrle vorgeschlagen anfreunden. Der Balkon hinter einer geschlossenen Glasfront sollte so umgesetzt werden.

Herr Tischer bittet aber zu prüfen, ob der Zugang zur Falknerei nicht ohne eine Treppe möglich wäre.

Bürgermeister Scheffold bezeichnet einen barrierefreien Zugang als machbar, hier ist aber ein hoher technischer Aufwand nötig. Beispielsweise wäre hier eine Brücke denkbar, dies wäre aber wesentlich teurer. Dies kann noch näher untersucht werden.

Dem Vorschlag von Herrn Pfaff, später eine solche Lösung zu realisieren und die Vorbereitungsarbeiten vorzusehen, will der Gemeinderat aber nicht folgen.

Stadtrat Lehmann könnte sich vorstellen, das Gebäude weiter in den Berg zu versetzen, damit das Untergeschoss weiter verschwindet. Herr Pfaff gibt zu bedenken, dass dann der Weg zur Greifvogelwarte deutlich schmaler werden würde.

Stadträtin Laun bittet darauf zu achten, dass die Glasfensterfront des Balkons von außen gut zu reinigen ist. Dies wird in der Planung berücksichtigt, ein entsprechendes Konzept wird erstellt, so Bürgermeister Scheffold.

Stadtrat Laages findet es unabdingbar, dass eine durchgängige Barrierefreiheit gewährleistet ist.

Bürgermeister Scheffold fasst die Diskussion zusammen:

- Die Fernwirkung des Gebäudes ist näher zu untersuchen, z.B. durch fotorealistische Darstellungen
- Das Untergeschoss sollte weniger massiv ausgestaltet werden. Bepflanzungen können hier positiv wirken.
- Eine Transparenz und Leichtigkeit des Gebäudes ist wichtig.
- Der Grundriss wird anerkannt.
- Die Materialien sind weiterhin zu diskutieren.

Zur nächsten Sitzung des Ausschusses werden die Planentwürfe der Einladung in farbiger Ausfertigung beigelegt.

Herr Pfaff wird 3D-Simulationen von der Schützenbrücke, vom Gutachtal, von der Innenstadt und vom Bahnhof erstellen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der aktuellen Planung und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage Bauanträge für die Verbesserung und Zugänglichmachung im Bereich des Schloßturms und des Pulverturms sowie für die Spielanlage zu stellen. Das Büro faktorgrün wird mit der Erstellung der Bauantragsunterlagen beauftragt. Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Bezüglich Eingangspavillon und Greifvogelwarte wird vom vorgestellten Planungsstand Kenntnis genommen. Vor der weiteren Planung ist ein weiteres Planungsgespräch mit dem Ausschuss für Tourismus und Freizeit zu führen, weitere interessierte Stadträte können teilnehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, der Einladung farbige Planentwürfe beizulegen.

#### **TOP 07. Geplanter Kletterparcours im Steinbruch: Antrag auf naturschutzrechtliche Genehmigung**

Der Gemeinderat und der Ausschuss für Tourismus und Freizeit wurden bereits darüber informiert, dass es Überlegungen für die Einrichtung eines Kletterparcours im Steinbruchgelände beim Schwimmbad gibt. Zwischenzeitlich wurden Gespräche unter anderem mit dem Amt für Waldwirtschaft und dem MSC Hornberg geführt. Die zuständige Naturschutzbeauftragte hat eine Zustimmung signalisiert. Seitens der Sektion Schwarzwald des Deutschen Alpenvereins wurde eine hohe Bereitschaft zur Mithilfe in Aussicht gestellt, insbesondere zur Ersteinrichtung der Kletterrouten.

Falls alle Rahmenbedingungen positiv geklärt und die naturschutzrechtliche Genehmigung erteilt werden können, ist von dem Projekt eine zusätzliche Attraktion im Freizeit- und Tourismusbereich zu erwarten.

Haftungsrechtlich ist eine Abstimmung mit dem städtischen Haftpflichtversicherer vorzunehmen.

Zwischen dem MSC Hornberg und Herrn Bossert vom Alpenverein konnte ein Kompromiss gefunden werden, was die Trialveranstaltungen und sonstigen Veranstaltungen des MSC anbelangt. Auch die Forstverwaltung hat sich positiv geäußert.

Wichtig wird sein, im dortigen Bereich Hinweistafeln mit den zu beachtenden Spielregeln aufzustellen.

Sofern Veranstaltungen des MSC stattfinden, wird der Kletterparcours für diese Zeit komplett gesperrt.

Herr Bossert führt aus, dass in einem Bereich des Steinbruchs eventuell noch ein Kinderbereich eingerichtet werden soll.

Es kann gesagt werden, dass sowohl der Naturpark als auch die Schwarzwaldtourismus GmbH sich sehr interessiert zeigen.

Stadtrat Laages bittet darauf zu achten, die Parkplatzsituation im Auge zu behalten. Beispielsweise an schönen Sommertagen kann durch den Sportplatz, die Tennisplätze, das Freibad und den Kletterparcours ein großes Publikumsaufkommen erwartet werden.

Stadtrat Hess ist es wichtig, dass die Aktivitäten des MSC Hornberg nicht eingeschränkt werden. Hierüber besteht aber Einigkeit, so Bürgermeister Scheffold. Frau Kasper vom MSC kann bestätigen, dass die Abstimmung mit Herrn Bossert diesbezüglich vorgenommen worden ist. Auch die Stellungnahme von Herrn Bossert an die Verwaltung wurde mit Frau Kasper abgestimmt.

Stadtrat Tischer kann berichten, dass der Windeckfelsen, an dem ebenfalls geklettert werden darf, häufig von Kletterern frequentiert wird, die mit der Bahn anreisen und dann zu Fuß zum Felsen marschieren oder die mit dem Mountainbike dorthin fahren.

Auf die Frage von Stadtrat Fritsch, ob auch die Zufahrt zum Steinbruch zum Parken freigegeben werden kann, antwortet Bürgermeister Scheffold, dass dies nicht vorgesehen ist.

Stadtrat Fuhrer lobt das Engagement von Herrn Bossert und seinen Helfern und erwartet eine weitere tolle Attraktion für Hornberg und die Raumschaft.

Ein Abseilen von oben wird nicht möglich sein, so Herr Bossert. Auch ist kein Zugang von oben her vorgesehen. Ein Übersteigen der Kanten soll nicht erfolgen.

Geplant ist, so Herr Bossert, dass alle Leistungsniveaus nach Möglichkeit angeboten werden können.

Zur Parkplatzsituation kann Stadtrat Wöhrle ausführen, dass durch die Flächen beim Autohaus Fiat-Aberle und auf dem Bolzplatz weitere Parkplätze zur Verfügung stehen.

Stadträtin Laumann regt an, zusätzlich ein Schild „Klettern auf eigene Gefahr“ aufzustellen. Bürgermeister Scheffold antwortet, dass die Forstverwaltung diesbezüglich bei anderen Kletterparks nachfragen wird.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Anlegung eines Kletterparcours im Steinbruch beim Schwimmbad grundsätzlich zu. Die aufgeführten Punkte sind zu prüfen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine naturschutzrechtliche Genehmigung beim Landratsamt Ortenaukreis zu beantragen.

### **TOP 08. Abwasserbeseitigungskonzept für die Außenbereiche: 2. Fortschreibung (Bereich Schondelgrund)**

Dem Landratsamt wurde ein Bauantrag im Bereich Schondelgrund vorgelegt. Derzeit ist noch der gesamte Bereich des Schondelgrunds im Abwasserbeseitigungskonzept für den Anschluss an die öffentliche Kanalisation vorgesehen. Bei einem abschließenden Gespräch mit den Anliegern hat sich aber herausgestellt, dass diese mehrheitlich für eine weiterhin dezentrale Abwasserbeseitigung ihrer Anwesen sind. Mit dem Landratsamt wurde deshalb abgesprochen, lediglich die Anwesen Rauhengut 37 bis Schondelgrund 39 an die öffentliche Kanalisation anzuschließen, und nach Möglichkeit noch das Anwesen Ergenbach 40. Der entsprechende Entwurf der Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes liegt dem Gemeinderat vor.

Stadträtin Eveline Lauble bittet alternativ zu prüfen, ob die Anwesen vom Haus Oberkostbach 48 bergwärts vielleicht über eine alternative Trassenlösung angeschlossen werden können.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die 2. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes für den ersten Bereich des Schondelgrunds, vorbehaltlich der Zustimmung des Ortschaftsrates Reichenbach.

### **TOP 09. Finanzausgabenbericht der Verwaltung**

Der Gemeinderat wird jährlich zur Jahresmitte über den Stand der Finanzen unterrichtet. Rechnungsamtsleiterin Mayer hält den Sachvortrag. Bei der Gewerbesteuer wird derzeit ein Steueraufkommen von 2,6 Mio. Euro prognostiziert, bei einem Haushaltsansatz von 3 Mio. Euro.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die bis zum Jahresende zu erwartenden Mindereinnahmen im Verwaltungshaushalt ca. 336.400 € betragen werden. Die Minderausgaben im Verwaltungshaushalt betragen dagegen nur 34.300 €. Dadurch wird sich die Zuführung an den Vermögenshaushalt voraussichtlich um ca. 302.100 € auf 359.700 € reduzieren. Wenn der Ansatz der Gewerbesteuer nicht erreicht wird, sollten Neuinvestitionen erst durch Einzelbeschluss des Gemeinderates freigegeben werden.

Der Stand der allgemeinen Rücklage wird dadurch zum Jahresende auf voraussichtlich rd. 970.000 € sinken.

Frau Mayer erläutert auch kurz das Zwischenergebnis im Eigenbetrieb Wasserversorgung.

Bürgermeister Scheffold erinnert an die Haushaltsberatungen 2013. Dort wurde vereinbart, dass nach dem Finanzausgabenbericht darüber entschieden wird, ob für den Gemeindesaal Niederwasser neue Tische für rd. 8.000 € beschafft werden. Die Verwaltung schlägt vor, die restlichen Mittel für den Umbau des Gemeindesaals Niederwasser hierfür zu verwenden. Ein aktuelles Angebot liegt vor.

### **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen über den wirtschaftlichen Verlauf des 1. Halbjahres 2013 im Finanzausgabenbericht wie vorgestellt Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Mittel für die Beschaffung neuer Tische für den Gemeindesaal Niederwasser freizugeben. Die Finanzierung erfolgt über die restlichen Mittel für den Umbau des Gemeindesaals Niederwasser. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bestellung vorzunehmen.

### **TOP 10. Erteilen des Einverständnisses zum Antrag auf Wiedererteilung der erloschenen Baugenehmigung für die Sanierung und Erweiterung des Balkons auf dem Grundstück Flst.Nr. 854 (Frombachstraße 29a) in Hornberg**

## **Beschluss:**

Der Gemeinderat erteilt einstimmig das Einvernehmen.

### **TOP 11. Erteilen des Einvernehmens zum Bauantrag auf Umbau/Sanierung des Wohnhauses auf dem Grundstück Flst.Nr. 304 (Hauptstraße 63) in Hornberg**

An einer Fotosimulation wird das Vorhaben vorgestellt. Der Ausschuss für Stadtgestaltungsfragen wird, auch wegen der beantragten Sanierungsförderung, einen Orts-termin durchführen. Die Bezuschussung erfolgt nur, wenn dem Farb- und Gestaltungskonzept zugestimmt wird. Die geplante Doppelfertigarage ist bezüglich der Gestaltung ebenfalls vor Ort abzustimmen.

## **Beschluss:**

Der Gemeinderat erteilt einstimmig das Einvernehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Ausschuss für Stadtgestaltungsfragen vor Ort bezüglich des Farb- und Gestaltungskonzeptes sowie der Doppelfertigarage mit Architekt und Bauherrschaft eine Abstimmung vorzunehmen.

### **TOP 12. Bekanntgaben und Anfragen**

#### **12.1 Ergebnis des Zensus 2011**

Die Ergebnisse des Zensus 2011 liegen den Herren Fraktionsvorsitzenden vor. Gegenüber der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung ist die Einwohnerzahl der Stadt Hornberg zum 31. Dezember 2011 um 34 Einwohner auf 4.206 Einwohner zurückgegangen. Dies entspricht einem Rückgang von 0,8 %. Landesweit liegt der Bevölkerungsrückgang aber bei 2,6 %, weshalb die Stadt Hornberg keine Rechtsmittel gegen den entsprechenden Festsetzungsbescheid des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg einlegen wird. Jetzt entspricht die neue Einwohnerzahl in etwa dem Einwohnerregister der Stadt Hornberg. Da der Bevölkerungsrückgang deutlich geringer ist als landesweit, wird sich dies für die Stadt Hornberg bezüglich der Zuweisungen des Landes eher vorteilhaft auswirken.

#### **12.2 Ausbau der Eisenbahnstraße L 108**

Die Feindecke wurde mittlerweile eingebaut, die Straße wird bald wieder befahrbar sein. Die Verkehrsinsel am Knoten Viadukt ist ein wenig zurückgebaut worden, die Straßenbeleuchtung wird noch angepasst. Dadurch konnten die Schleppkurven weiter verbessert werden, vor allem für Langholzfahrzeuge. Der nächste Bauabschnitt wird nun im Bereich Werderstraße, beim Knoten Krokodil begonnen. Dort ist eine Ampelregelung vorgesehen, keine Vollsperrung. Die Eisenbahnstraße ist dann über die Bahnhofstraße anfahrbar.

#### **12.3 Waldwegebau Bertelsbach und Ziegelgrund**

Am 17. Juli 2013 wurde mit Vertretern des Gemeinderates, Herrn Nick vom Schwarzwaldverein, Herrn Reeb von den Naturfreunden und Revierleiter Flach eine

Begehung der beiden Wege durchgeführt. Herr Flach erläuterte ausführlich die geplante Wegebaumaßnahme. Es wurde Einigung erzielt, dass die beiden Wege wie geplant gebaut werden können und jetzt die Ausschreibung erfolgen kann. Im Bereich des Vogelbrunnens soll nach Fertigstellung der Rohtrasse nochmals eine Begehung mit der Verwaltung durchgeführt werden, wo die einzelnen Anpassungsarbeiten, die hier besonderer Sensibilität bedürfen, abgesprochen werden.

#### **12.4 Neue Sitzbänke für das Freibad**

Auf Anfrage von Stadtrat Hess informiert Bürgermeister Scheffold, dass die neuen Bänke bereits geliefert worden sind. Stadtbaumeisterin Moser wird die Aufstellung einplanen.

#### **12.5 Technikgebäude im Freibad**

Stadtrat Hess bittet, auch die Seitenwände und die Rückseite mit zu verputzen. Stadtbaumeisterin Moser informiert, dass derzeit noch geprüft wird, ob vielleicht eine neue Tür eingebaut werden muss. Dann bekommt das Gebäude einen Komplettanstrich, Verputzarbeiten werden in diesem Zuge mit untersucht.

#### **12.6 Ausbau der Frombachstraße**

Auf Anfrage von Stadtrat Hess informiert Bürgermeister Scheffold über den Ausbaustand. Derzeit kann die Straße befahren werden. Der Feinbelag wird ab dem 19. August 2013 eingebaut, für ca. zwei Tage wird dann eine Vollsperrung erforderlich sein. Stadtrat Wöhrle ergänzt, dass im Bereich der Brauerei Ketterer voraussichtlich ebenfalls für ca. drei Tage eine Vollsperrung erforderlich sein wird.

#### **12.7 Straßenbeleuchtung Ob der Kirche**

Ortsvorsteher Dold erkundigt sich, wann die Straßenbeleuchtung fertiggestellt wird. Stadtbaumeisterin Moser wird das vorliegende EGT-Angebot aktualisieren lassen. Ortsvorsteher Dold ist einverstanden, dass der Auftrag dann direkt vergeben wird, eine nochmalige Befassung im Ortschaftsrat Niederwasser ist nicht erforderlich. Über die Ausführungsart besteht bereits Einigkeit.

#### **12.8 Breitbandausbau in Niederwasser**

Ortsvorsteher Dold erkundigt sich nach dem Sachstand. Bürgermeister Scheffold kann berichten, dass derzeit eine Anfrage bei der Telekom läuft, eine unverbindliche Kostenkalkulation wurde angefragt. Bislang war die Haltung der Telekom, dass ein Breitbandausbau in Niederwasser wirtschaftlich nicht durchführbar ist. Nun wurden aber von der Werderstraße bis zur Brauerei Ketterer Leerrohre verlegt, bzw. werden demnächst verlegt. Von der Brauerei Ketterer bis zum Gewerbegebiet Niederwasser kann voraussichtlich die ehemalige Wasserleitung der Brauerei Ketterer als Leerrohr verwendet werden. Dann wird nur noch ein Lückenschluss von der Löwenbrücke bis zum Technikgebäude unter der Tunnelausfahrt erforderlich sein, auf einer Strecke von 160 m. Dann wird ein durchgängiges Leerrohrnetz verfügbar sein, um ein Breitbandkabel verlegen zu können. Sobald die Kostenkalkulation der Telekom vorliegt, wird die Verwaltung die Möglichkeit einer Zuschussbeantragung prüfen. Zu beachten ist, dass eine Förderung nur noch bis Ende 2013 möglich ist. Falls diese Verfristung eintritt, will Bürgermeister Scheffold politisch aktiv werden.

## **12.9 Wahllokale im Rathaus**

Stadtrat Baumann berichtet, dass bei einer Nutzung des Vorraums der Tourist-Info als Wahllokal Touristen häufig die Gelegenheit nutzen, sich bei den Wahlhelfern zu informieren. Deshalb sollte geprüft werden, ob die Tourist-Info in der Hauptsaison auch sonntags geöffnet werden soll.

## **12.10 Wildkrautkehren im Gehwegbereich**

Stadtrat Horn weist darauf hin, dass in der Hauptstraße vom Gallionhaus in Richtung Gutach die Pflastersteine im Gehwegbereich stark zuwachsen. Bürgermeister Scheffold beauftragt Stadtbaumeisterin Moser, einen Bauhofauftrag zu erteilen für Wildkrautkehren. Er weist darauf hin, dass aber auch die Anlieger gefragt sind, ihre Gehwege sauber zu halten.

## **12.11 Schriftliche Eingabe: Übertragungsanlage auf dem Friedhof**

Stadtrat Küffer gibt die Beschwerde von Teilnehmern an Bestattungen weiter, dass der Pfarrer und weitere Redner am Grab selbst schlecht verstanden werden. Er bittet um Prüfung, ob eine mobile Lautsprecheranlage hier Abhilfe schaffen kann.

## **12.12 Schriftliche Eingabe: Urlaubsangebote in Hornberg**

Stadtrat Küffer bittet zu prüfen, ob Urlaubsangebote in Hornberg auch nach Altersklassen unterschieden werden können. Beispielsweise sollten für 16- bis 18-Jährige Angebote gemacht werden, oder Angebote für Grundschüler (z.B. Museum).

## **12.13 Schriftliche Eingabe: Nördlicher Ausgang Gartengässchen**

Stadtrat Küffer gibt die Beschwerde von Verkehrsteilnehmern weiter, dass die Warnbake schlecht positioniert ist und zum Rangieren zwingt. Er bittet um eine Verbesserung.

## **12.14 Schriftliche Eingabe: Sprechstunden in der Tourist-Info**

Stadtrat Küffer bittet um Prüfung, ob es die Möglichkeit gibt, in den Ferienzeiten die Tourist-Info auch am Wochenende zu öffnen.

## **TOP 13. Fragestunde**

### **13.1 Alte Rutsche im Freibad**

Herr Uwe Davidsen bittet um Information, weshalb die Rutsche gesperrt werden musste. Bürgermeister Scheffold führt aus, dass die Rutsche aus Verkehrssicherheitsgründen gesperrt wurde. Deshalb wurden im Haushaltsplan 2013 Mittel für eine neue Rutsche eingestellt. Bislang war Konsens, dass dann die alte Freibadrutsche abgebaut wird. Da nun aber offensichtlich Interesse an einem Beibehalt auch der alten Rutsche besteht, hat Bürgermeister Scheffold dem Gemeinderat in der heutigen Sitzung unter Tagesordnungspunkt 02 einen möglichen Weg aufgezeigt. Wenn dies möglich ist, soll die Rutsche nach gewissen Vorarbeiten wieder in Betrieb genommen werden.

Herr Davidsen schlägt vor, bei solchen Fragen die Bevölkerung mit ins Boot zu nehmen. Er bittet, an der Begutachtung der alten Rutsche gemeinsam mit Frau Heinzmann teilnehmen zu dürfen. Herr Davidsen hat mit Ehrenbürger Franz Kook gesprochen. Dieser ist bereit, bei der Duravit AG vorstellig zu werden, damit diese die Erhöhung der seitlichen Aufwendungen an der alten Rutsche sponsert, gegen einen entsprechenden Werbeaufdruck.

### **13.2 Geplanter Panoramapark Hornberg, Schloßbergkonzeption**

Herr Uwe Davidsen erkundigt sich nach den Kosten. Bürgermeister Scheffold gibt diese mit voraussichtlich 840.000 € netto an, in diesem Bereich ist die Stadt Hornberg vorsteuerabzugsberechtigt. Die Planungskosten sind hierin enthalten. Die Stadt Hornberg hat Zuschüsse in Höhe von rd. 340.000 € für das Projekt beantragt.

### **13.3 Schloßbergkonzeption: Eingangspavillon**

Herr Hans-Peter Hirschbühl erkundigt sich nach den anteiligen Kosten für den Eingangspavillon. Diese gibt Bürgermeister Scheffold mit 251.000 € an, ohne Anteil Kiosk/Kasse. Auf entsprechende Anfrage von Herrn Hirschbühl informiert Bürgermeister Scheffold, dass im katholischen Gemeindezentrum vor längerer Zeit eine öffentliche Diskussionsveranstaltung durchgeführt worden ist, die Planung wurde ausführlich vorgestellt. Im Anschluss daran erfolgten in verschiedenen öffentlichen Gemeinderatssitzungen die weiteren Beratungen. Sobald die Planreife der Konzeption erreicht ist, kann der Gemeinderat entscheiden, ob ein weiterer Informationsabend angeboten wird.

Frau Silke Endres erkundigt sich nach den geplanten Toilettenanlagen im Bereich des Eingangspavillons. Bürgermeister Scheffold gibt hierzu Auskunft.

### **13.4 Bürgerentscheid zum geplanten Kinzigtalbad in Hausach**

Auf Bitte von Herrn Hans-Peter Hirschbühl erläutert Bürgermeister Scheffold nochmals die heutige Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 02. Da ein gültiger Bürgerentscheid zustande gekommen ist, erfolgt keine weitere Beschlussfassung durch den Gemeinderat.

Daraufhin gibt Herr Hirschbühl im Namen der Bürgerinitiative eine ausführliche Stellungnahme ab. Er betont, dass die Bürgerinitiative keine Genugtuung darüber empfindet, die Beteiligung am Kinzigtalbad verhindert zu haben, sie sieht in dem Ergebnis des Bürgerentscheids lediglich den erfolgreichen Abschluss ihrer Bemühungen. Die Bürgerinitiative bittet den Gemeinderat, die im Vorfeld des Bürgerentscheids in Aussicht gestellten Zugeständnisse nicht aus dem Auge zu verlieren, vor allem in Bezug auf das Freibad. Die Bürgerinitiative hat den Wunsch, dass die Vorstellungen der Bürgerschaft durch den Gemeinderat vertreten werden. Es sollte stets im Sinne der Sache entschieden werden, Parteipolitik soll vermieden werden. Die Sporthallensanierung wird von der Bürgerinitiative als vordringlich angesehen.

Das Freibad sollte in der jetzigen Größe saniert und attraktiver gestaltet werden. Da die Zinssituation derzeit einmalig günstig ist, die CDU-Fraktion die Bereitstellung von Mitteln vorgeschlagen hat und die Mittel für das Kinzigtalbad jetzt nicht fließen werden, sieht die Bürgerinitiative den Zeitpunkt gekommen, das Freibad zu sanieren. In



diesem Zusammenhang wird vorgeschlagen, den Gemeinderatsbeschluss aufzuheben, das Freibad nur solange in der jetzigen Form weiter zu betreiben, wie hierfür jährliche Unterhaltungskosten von 50.000 € nicht überschritten werden.

Weitere dringende Maßnahmen will die Bürgerinitiative zu gegebener Zeit mitteilen. Herr Hirschbühl betont, dass er diese Stellungnahme im Namen der Bürgerinitiative abgibt.

Stadtrat Fuhrer entgegnet, dass der Gemeinderat selbstverständlich im Interesse der Bürgerschaft tätig ist, dass aber jeder Stadtrat gemäß Gesetz seinem Gewissen verpflichtet ist.

Stadtrat Baumann hält nichts davon, lediglich gute Ratschläge zu erteilen, solange man sich nicht selbst engagiert. Er schlägt vor, ebenfalls ehrenamtlich in der Kommunalpolitik tätig zu werden.

Frau Marion Heinzmann sieht in dem gesamten Prozess bis zum Bürgerentscheid am vergangenen Sonntag sehr positive Auswirkungen. Sie ist der Meinung, dass viele Bürger mobilisiert werden konnten und dadurch auch das Interesse am Stadtgeschehen geweckt wurde. Sie bittet, diesen Prozess weiterhin positiv zu gestalten.

Dem stimmt Bürgermeister Scheffold zu. In allen Dingen steht stets das Wohl der Stadt Hornberg und ihrer Bürger an erster Stelle. Bürgermeister Scheffold versichert, dass die Damen und Herren Stadträte ihr Amt sehr gewissenhaft ausüben. Der Blick sollte nun nach vorne gerichtet werden. Er wirbt um weitere Mitwirkung.

Abschließend gibt Herr Hans-Peter Hirschbühl seine Meinung wieder, dass ehrenamtliches Engagement auch außerhalb des Gemeinderates gelebt werden kann, beispielsweise in der Bürgerinitiative.